



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Sensibilisierung beim Umgang mit häuslicher Gewalt in hessischen Behörden stärken**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 5
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Schutz von Frauen vor Gewalt

Leistungsplan:

| | von | Veränderung um | auf |
|--|-----|-------------------|-----|
|--|-----|-------------------|-----|

Beträge in 1.000 EUR

| | | | |
|-------------------------|---------|--------|---------|
| Gesamtkosten | 1.742,5 | +500,0 | 2.242,5 |
| Produktabgeltung | 1.742,5 | +500,0 | 2.242,5 |

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Berichte von Betroffenen und Beratungsstellen, aber auch Antworten auf Berichtsansträge haben deutlich gemacht: Mitarbeitende in Hessischen Behörden werden noch zu wenig im Umgang mit von häuslicher Gewalt betroffenen Menschen weitergebildet. Damit gefährdet man nicht nur eine geplante Trennung aus einer Gewaltbeziehung, sondern überfordert zudem nicht weitergebildete Mitarbeitende in den Behörden.

Wiesbaden, 19. Januar 2022

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:

Günter Rudolph